

Deutscher Bundestag

Stenografischer Bericht

102. Sitzung

Berlin, Donnerstag, den 1. April 2004

Tagesordnungspunkt 11:

Antrag der Abgeordneten Ingrid Arndt-Brauer, Norbert Barthle und weiteren Abgeordneten: **Mehr Demokratie wagen durch ein Wahlrecht von Geburt an** (Drucksache 15/1544)
9269 B

Petra Pau (fraktionslos):

Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Es gibt immer wieder Bestrebungen, ein Wahlalter unter 18 Jahren einzuführen. Sie kommen aus verschiedenen Parteien. Die PDS spricht sich seit langem dafür aus.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

Eine Absenkung des Wahlalters ist ebenso überfällig wie mehr direkte Demokratie auf Bundesebene. Allerdings gibt es – wir bekamen dies eben schon illustriert – selbst bei den Befürwortern unterschiedliche Auffassungen über die Art und Weise, wie Kinder und Jugendliche mitbestimmen sollen. Ein wiederkehrender Vorschlag meint, Eltern sollten das Stimmrecht für ihre Kinder wahrnehmen. Ich halte dies für falsch;

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos])

denn es wäre für die Kinder und Jugendlichen keine Mitbestimmung. Sie würden selbst dann fremdbestimmt, wenn ihnen die Eltern sehr nahe stünden.

(Zustimmung bei der SPD)

Eine solche stellvertretende Wahl widerspräche übrigens auch dem Grundsatz der geheimen Wahl. Die Kinder und Jugendlichen müssten doch vorher sagen, wen sie wählen würden, und sie wären sich hinterher nicht einmal sicher, ob ihr Wunsch tatsächlich erfüllt wurde. Wenn schon das Szenario gerichtlicher Streitigkeiten hier an die Wand gemalt wurde, dann glaube ich, dass wir diese Streitigkeiten nicht nur vor der Wahl, sondern auch mit Blick auf das Wahlergebnis nach der Wahl hätten, wenn Kinder nachrechneten und feststellten, dass ihr Wille offensichtlich nicht umgesetzt wurde.

(Hans-Joachim Hacker [SPD]: Bei den Wahlen haben Sie Erfahrung, Frau Pau!)

Spannender sind allerdings alle Debatten, die sich wirklich um das Wahlalter drehen. Die einen meinen, eine Absenkung auf 16 Jahre wäre denkbar. Andere plädieren für 14 Jahre. Die Kinderrechtsorganisation „KRÄTZÄ“ aus Berlin wirbt mit guten Gründen für keinerlei Altersbeschränkung. Die „Kinderrächtszänker“, wie sie in Langfassung heißen, argumentieren demokratietheoretisch. Sie plädieren aber auch aus Erfahrung, wenn sie sagen, nur jene, die wählen könnten, würden auch von der Politik ernst genommen. Kinder gehören leider viel zu selten dazu.

Die PDS ist gegen alle Formen, bei denen ohne Not stellvertretend gewählt wird. Wir sind zugleich für eine deutliche Senkung des Wahlalters.

(Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Seid ihr eigentlich für die Demokratie?)

Grundsätzlich sind wir für mehr Demokratie. Dies sage ich auch mit Blick auf Vorschläge, künftig nur noch alle fünf statt bislang alle vier Jahre zur Wahl zu rufen. Der Bundestagspräsident bringt dies gelegentlich auch in die Debatte. Darüber lässt sich reden, vorausgesetzt, mehr Bürgerinnen und Bürger – auch Kinder und Jugendliche, die immer auch betroffen sind – können zwischendurch in Sachfragen mehr direkt bestimmen. Dafür steht auch die PDS im Bundestag.

(Beifall der Abg. Dr. Gesine Löttsch [fraktionslos] – Hartmut Schauerte [CDU/CSU]: Ach ja, da war noch eine!)